SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Risikofreudiges Amerika, risikoaverses Europa? Aus amerikanischen und europäischen Publikationen 2001-2012

Mair, Sabine; Wodni, Wiebke; Mildner, Stormy-Annika

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Mair, S., Wodni, W., & Mildner, S.-A. (2012). *Risikofreudiges Amerika, risikoaverses Europa? Aus amerikanischen und europäischen Publikationen 2001-2012.* (SWP-Zeitschriftenschau, 02/2012). Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik -SWP- Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-366836

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:
This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.
By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

gesis Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

SWP-Zeitschriftenschau

Stiftung
Wissenschaft und
Politik

Deutsches Institut
für Internationale
Politik und Sicherheit

Risikofreudiges Amerika, risikoaverses Europa?

Aus amerikanischen und europäischen Publikationen 2001–2012

Sabine Mair / Stormy-Annika Mildner / Wiebke Wodni

Amerikaner sind risikofreudig, Europäer hingegen scheuen Risiken – wenn Konflikte in den transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen auftreten, wird oft auf Unterschiede in den Risikopräferenzen hingewiesen. Rasch werden kulturelle Stereotypen bemüht, um diese zu erklären: Amerikaner als Volk von Pionieren und Immigranten neigten zu risikofreudigem Handeln, das im Land der unbegrenzten Möglichkeiten schon immer belohnt worden sei, wohingegen Europäer durch jahrhundertelange politische und religiöse Unterdrückung eher risikoavers agierten. Doch stimmt dies tatsächlich oder ist das Narrativ vom risikofreudigen Amerikaner und risikoaversen Europäer nur ein erfolgreich aufrechterhaltener Mythos? Und wenn es Unterschiede gibt, wie lassen sich diese erklären? Wer sich schnelle und einfache Antworten verspricht, dürfte enttäuscht werden. Denn die Wissenschaft ist diesen Fragen bislang nicht systematisch nachgegangen. Die Literaturschau versucht daher, erste Anhaltspunkte zu finden, indem sie die transatlantische Regulierungsdebatte in amerikanischen und europäischen Veröffentlichungen der Jahre 2001 bis 2012 aufarbeitet.

Im Jahr 2006 verbot die Europäische Union mit der Verordnung Nr. 1907/2006, auch bekannt als REACH-Direktive, eine Vielzahl von Chemikalien in Konsumprodukten, die in wissenschaftlichen Studien als karzinogen eingestuft wurden. Die US-Regierung lehnt dagegen eine ähnlich strenge Verbraucherschutzmaßnahme bis heute ab. Als Grund für dieses unterschiedliche Risikomanagement wird neben wirtschaftlichen Interessen und divergierenden Einstellungen zur Rolle des Staates in der Wirtschaft häufig auf Risikopräferenzen verwiesen: Weil Amerikaner risikofreudiger seien als Europäer, griffen sie seltener präventiv-regulierend in die Märkte ein. Diese Argumentation findet man in vielen Bereichen des Verbraucher-, Gesundheits- und Umweltschutzes, wo Unterschiede (und häufig auch Konflikte) zwischen den transatlantischen Partnern auftreten. Gemäß dem gängigen Stereotyp sind Amerikaner technologiefreundlich, individualistisch, wachstumsorientiert, selbstbewusst und eben auch risikofreudig. Europäer dagegen gelten als technologiefeindlich, kollektivis-

Sabine Mair ist Forschungsassistentin für das Projekt »Transatlantische Risikogovernance«
Dr. Stormy-Annika Mildner ist Mitglied der Institutsleitung
Wiebke Wodni ist studentische Mitarbeiterin im Projekt »Transatlantische Risikogovernance«

tisch, zögerlich und risikoscheu. Dieses Stereotyp greifen nicht nur Medien wie der *Economist* auf, der schreibt, dass »Europa als ziemlich risikoavers bezeichnet werden kann«. Auch unter Wissenschaftlern ist es weit verbreitet.

Bevor ein Blick in die Literatur geworfen werden kann, müssen zunächst zwei zentrale Begriffe definiert werden: Risikoaversion und Risikofreudigkeit. In der Entscheidungstheorie gilt ein Marktteilnehmer dann als risikoavers, wenn er bei der Wahl zwischen mehreren Optionen stets jene bevorzugt, die den geringstmöglichen Verlust/Schaden erwarten lässt. Ein risikofreudiger Marktteilnehmer wählt hingegen die Option, die den höchstmöglichen Gewinn verspricht, wenngleich diese auch mit einer größeren Unsicherheit verbunden ist.

Dabei stellt sich die Frage, wie solche Risikopräferenzen gemessen werden können. Die Literatur gibt hierauf keine klare Antwort. Eine Möglichkeit stellen Umfragen unter der Bevölkerung und den politischen Entscheidungsträgern dar – bislang gibt es aber keine systematischen vergleichenden Umfragen zu den Risikopräferenzen in der EU und in den USA. Eine Ausnahme ist die Umfrage von Gallup aus dem Jahr 2009, wonach sich 82 Prozent der befragten Amerikaner als risikobereit einschätzen, aber nur 65 Prozent der befragten Europäer (mit hoher Varianz zwischen den EU-Mitgliedern). Eine weitere Methode zur Feststellung von Risikopräferenzen wären Verhaltensexperimente, wie sie von der Soziologie, Psychologie oder auch der Verhaltensökonomie durchgeführt werden. Ein transatlantischer Vergleich ist aber auch hier ein Desiderat.

Schließlich können Risikopräferenzen bestimmt werden, indem man Marktentscheidungen, beispielsweise im Investitionsbereich, vergleichend analysiert oder staatliches Risikomanagement etwa im Hinblick auf Gesundheits- und Umweltrisiken vergleicht. Doch auch hier sucht der interessierte Leser vergebens nach klaren Antworten. Zwar gibt es eine umfassende Forschung über das Regulierungsverhalten in den USA und der EU. Ihr Anspruch ist gleichwohl nicht, unterschiedliche Risikopräferenzen zu identifizieren und zu erklären. Der Fokus liegt vielmehr auf der Frage, ob und – wenn ja – wann und warum einer der transatlantischen Partner präventiver (vorsorgender) reguliert, mit anderen Worten das sogenannte Vorsorgeprinzip *(precautionary principle)* strikter anwendet. Demgemäß greift ein Staat im Interesse der Schadenvermeidung oder -begrenzung auch dann im Voraus regulierend ein, wenn eine unklare Datenlage die genaue Bestimmung von Risiken nicht erlaubt. Die Folge sind mehr und strengere Regulierungen.

In der einschlägigen Literatur wird eine Vielzahl erklärender Variablen für unterschiedliches Regulierungsverhalten angeboten: wirtschaftliche Interessen, ideologische Überzeugungen von der Rolle des Staates in der Wirtschaft, der Zugang von Interessengruppen zu Entscheidungsprozessen, Erfahrungen im Krisenmanagement, die verhaltensbestimmende Wirkung von Rechtssystemen und schließlich auch Risikoaversion und/oder -freudigkeit.

Risikopräferenzen sind somit eine von vielen Variablen zur Erklärung von Unterschieden im Risikomanagement – aber eben nicht die einzige. Entsprechend kann die transatlantische Regulierungsliteratur allenfalls Anhaltspunkte zur Beantwortung unserer Forschungsfrage liefern. Dennoch wird diese Literatur im Folgenden in den Mittelpunkt gerückt. Gegenwärtig gibt es im wissenschaftlichen Diskurs schlichtweg keine Alternative, um die Frage nach den Risikopräferenzen der Partner dies- und jenseits des Atlantiks zu beantworten.

Drei Hypothesen

In der transatlantischen Regulierungsliteratur lassen sich drei Hypothesen identifizieren. Nach der ersten Hypothese zeigt Europa einen stärkeren Hang zur Anwendung des Vorsorgeprinzips. Die Autoren, die diese Hypothese vertreten, stützen sich vor allem

auf Befunde aus der Gesundheits- und Umweltpolitik.

Die zweite, sogenannte »Flip-Flop-Hypothese« (These vom Gesinnungswandel) von **David Vogel** (2012) besagt, dass sich das Risikomanagement in den USA und der EU mit der Zeit verändert hat: Amerikaner hätten von 1960 bis 1990 deutlich präventiver reguliert als Europäer; das Jahr 1990 habe dann einen Wendepunkt markiert, nach dem die USA tendenziell weniger und die EU vorsorgender reguliert hätten. Vogel, der sich ebenfalls vor allem auf den Umwelt- und Gesundheitsbereich konzentriert, unterscheidet sich von den Verfechtern der ersten Hypothese in zwei Punkten: Erstens führt er nicht nur eine Einzelfall-, sondern eine qualitative Mehrfallanalyse durch; zweitens weitet er die Analyse des transatlantischen Regulationsverhaltens auf die letzten fünfzig Jahre aus.

Nach der dritten Hypothese haben weder Amerikaner noch Europäer in den letzten vierzig Jahren durchgängig präventiver reguliert. Stattdessen gebe es viele Gemeinsamkeiten dies- und jenseits des Atlantiks, wie vor allem **Jonathan Wiener et al.** (2011) herausarbeiten. Die Gemeinsamkeiten im Regulierungsverhalten werden in 13 qualitativen Studien über das präventive Regulationsverhalten der transatlantischen Partner in Bereichen wie Umwelt- und Gesundheitsschutz, Terrorismusbekämpfung und Informationssystemen nachgewiesen. Zudem untersuchen die Autoren im Rahmen einer quantitativen Analyse das Regulierungsverhalten anhand einer Auswahl aus insgesamt 100 Risiken. Auf dieser Basis kommen sie zu dem Ergebnis, dass weder die »Flip-Flop-Hypothese« noch die Annahme überzeugend ist, Europäer seien generell regulierungsfreudiger als Amerikaner.

Hypothese 1: Regulierungsfreudige EU

Gregory C. Shaffer und **Mark A. Pollack** (2004) analysieren das Verhalten der EU und der USA bei der Regulierung genetisch veränderter Organismen (»genetically modified organisms«, GMOs). Einleitend verweisen sie darauf, dass 60 Prozent der industriell verarbeiteten Lebensmittel in den USA GMOs beinhalteten. Europäer nähmen GMOs hingegen als Risiko wahr und regulierten daher strikt deren Zulassung und Verkauf. Nach Ansicht der Autoren zeige neben dem WTO-Streitschlichtungsverfahren zu GMOs auch der Streit über hormonbehandeltes Rindfleisch, wie schwierig es sei, die transatlantischen Regulationsunterschiede zu überwinden.

Auch **Reinhard Quick** (2011) sieht unüberbrückbare Differenzen im Regulationsverhalten der transatlantischen Partner. Er vergleicht die Regulierung von chemischen Substanzen und zeigt auf, dass die Verabschiedung der EU-Direktive REACH die transatlantischen Unterschiede noch vertieft habe. **Vann H. Wilber** und **Paul T. Eibrecht** (2011) heben die Regulationsunterschiede im Automobilsektor hervor. Beispielsweise dürften in der EU erst dann Fahrzeuge verkauft werden, wenn sichergestellt sei, dass sie mit bestehenden Regularien übereinstimmten. In den USA könne dagegen ein Hersteller Kraftfahrzeuge nach dem »self-certify«-Prinzip als Regularienkonform ausweisen und verkaufen. Die Überprüfung fände erst im Nachhinein durch die zuständigen Behörden statt.

Immer öfter wird das transatlantische Verhalten bei der Regulierung von Nanotechnologien Gegenstand von Untersuchungen. So analysieren **G. Gaskell et al.** (2005) anhand des Vergleichs einer Eurobarometer-Umfrage und einer von ihnen durchgeführten Telefonumfrage in den USA die transatlantische Wahrnehmung der Risiken, die mit Nanotechnologien verbunden sind. Die Umfragen zeigen, dass 50 Prozent der Amerikaner diesen Technologien positiv gegenüberstehen, aber nur 29 Prozent der Europäer. **Linda Breggin et al.** (2009) ziehen in ihrer Untersuchung ähnliche Schlüsse und finden viele transatlantische Regulierungsunterschiede. Im Lebensmittelsektor strebe die EU beispielsweise immer strengere Zulassungs- und Etikettierungsstandards an, die spezifisch auf nano-

technologische Risiken zugeschnitten seien. Amerikaner präferierten dagegen Fall-zu-Fall-Bewertungen im Rahmen der bestehenden regulativen Prozesse.

Viele der Studien, die der ersten Hypothese zugeordnet werden können, sind dadurch charakterisiert, dass die Autoren die kulturellen und gesellschaftspolitischen Unterschiede der transatlantischen Partner oft in journalistisch-überspitzter Manier beschreiben und in ebenso polemischer Art und Weise bewerten. So verfahren beispielsweise **Jeremy Rifkin** (2004), **Mark Schapiro** (2007) und **John Redwood** (2001) in ihren Analysen. Während Rifkin und Schapiro jedoch das Vorsorgeprinzip als bestes Mittel zur Abwehr von Risiken ansehen, sieht Redwood darin ein Hindernis für Fortschritt und Wachstum.

Rifkin macht die Risikofreude der Amerikaner dafür verantwortlich, dass sie keine nachhaltige Politik betreiben. Als Immigranten-Nation seien sie seit jeher risikofreudiger als Europäer. Dies habe zwar zu starkem Wirtschaftswachstum geführt, die Amerikaner aber auch blind für neue Risiken gemacht. Der »europäische Traum«, der unter anderem für kollektives Handeln und vorsorgendes Regulieren stehe, sei dagegen die ideologische Grundlage des postindustriellen Zeitalters.

Auch **Schapiro** zeigt negative Begleiterscheinungen des amerikanischen Regulierungsverhaltens auf. Aus einem Vergleich der transatlantischen Chemikalienregularien schlussfolgert er, dass Amerikaner wegen ihrer Ablehnung des Vorsorgeprinzips international enorm an Marktmacht eingebüßt hätten. Amerikanische Firmen müssten sich immer öfter europäischen Standards anpassen – dies umso mehr, weil die EU-Standards mittlerweile auch in Märkten wie China und Brasilien gelten würden.

Ähnlich wie Rifkin und Schapiro analysiert auch **John Redwood** das divergierende Regulierungsverhalten der EU und der USA, gelangt aber zu einem anderen Ergebnis: Er bezeichnet das Vorsorgeprinzip als großes Hindernis für Wissenschaft, Handel und Fortschritt und sieht in der EU einen technologiefeindlichen Verbund.

Hypothese 2: Der »Flip-Flop«-Effekt

Die These, dass sich Regulierungsverhalten im Laufe der Zeit ändern kann, wird vor allem von **David Vogel** vertreten. Im Fokus seiner Analyse steht das staatliche Management von Gesundheits- und Umweltrisiken in den USA und der EU. Vogel kommt zu dem Schluss, dass die Amerikaner zwischen 1960 und 1990 präventiver reguliert hätten als die Europäer. Als Wendepunkt markiert er das Jahr 1990. Danach hätten die USA tendenziell weniger, die EU stärker präventiv-regulierend in die Märkte eingegriffen. Der Autor stützt seine »Flip-Flop-Hypothese« auf vier Fallstudien: Erstens untersucht er die Regulierung von krebserregenden Substanzen, hormonhaltigem Rindfleisch, Hormonen in Kuhmilch, gentechnisch verändertem Getreide und Antibiotika in Tiernahrung. Zweitens analysiert er Regulierungen zu Fahrzeugabgasen, ozonschichtschädigenden Substanzen und zum Klimawandel. Drittens diskutiert Vogel die Regulierung von Chemikalien und Gefahrenstoffen. Eine vierte Fallstudie betrifft Regulierungen zu Arzneimitteln sowie Chemikalien in Spielzeug und Kosmetik.

R. Daniel Kelemen und **David Vogel** (2009) untermauern die »Flip-Flop-Hypothese« mit einer Untersuchung der Ratifikation internationaler Umweltverträge zwischen 1970 und 2008. Die USA nahmen bis 1989 eine Vorreiterrolle im internationalen Umweltschutz ein. Seit den 1990er Jahren setzte sich die EU stark für internationale Umweltschutzstandards ein, wohingegen die USA solche Bemühungen weitestgehend ablehnten. Zu einem ähnlichen Schluss kommt **Theofanis Christoforou** (2004), der den Untersuchungszeitraum von 1960 bis 2004 in drei Phasen aufteilt. Ihm zufolge haben die USA bis 1970 mehr reguliert; in der EU fand Regulierung zumal hauptsächlich auf nationaler, nicht auf europäischer Ebene statt.

Zwischen 1970 und 1990 begann die EU stärker zu regulieren und überholte ab 1990 die USA.

Vogel liefert drei Erklärungen für diese Unterschiede und Besonderheiten. Erstens habe die Bevölkerung der europäischen Staaten strengere Regulierungen gefordert, da sie das Management früherer Umweltskandale als unzureichend angesehen hatte. Als Beispiele nennt er den Chemieunfall im italienischen Seveso (1976), das Reaktorunglück in Tschernobyl (1986) und die BSE- und Dioxin-Skandale in Großbritannien und Belgien.

Zweitens könne der »Flip-Flop«-Effekt durch Interessenpolitik erklärt werden. So hätten einflussreiche Mitgliedstaaten in der EU, darunter auch Deutschland, auf strengere Regulierungen auf EU-Ebene gedrängt. Gleichzeitig hätten »grüne« Parteien oft bedeutenden Einfluss im EU-Parlament ausgeübt, nachdem sie Koalitionen mit größeren Parteien geschlossen hatten, wie auch **Kelemen** und **Vogel** argumentieren. Überdies würden Politiker in der EU-Kommission stärker als in den USA von Nichtregierungsorganisationen beeinflusst, da diese mehr beim Agenda-Setting mitwirkten. Für die USA erklärt Vogel den Regulierungswandel mit einer fortschreitenden Polarisierung zwischen den Demokraten und Republikanern sowie mit dem wachsenden Einfluss des konservativen Flügels der Republikaner, der aus wirtschaftlichen Erwägungen striktere Umweltregularien ablehne.

Ein dritter Erklärungsfaktor sind **Vogel** zufolge unterschiedliche Systeme der Risikobewertung. Seit den 1980er Jahren stützten sich US-Regulierungsbehörden bei der Abschätzung von Risiken stärker auf wissenschaftliche Gutachten und wirtschaftliche Kosten-Nutzen-Analysen, weil ihnen vorgeworfen worden war, in der Vergangenheit oft ohne wissenschaftliche Fundierung zu viel und unnötig reguliert zu haben. In der EU fand hingegen mit dem Maastricht-Vertrag 1992 eine formelle Einbindung des Vorsorgeprinzips statt. Anlass dafür war die Kritik, dass ein rein datenbasierter Regulierungsansatz zu einem bedenklichen Mangel an Regulierungen geführt habe.

Schließlich liefert **Christoforou** eine vierte Erklärung für den »Flip-Flop«-Effekt. Um 1970 sei das Regulierungssystem in den USA bereits ausgereift gewesen und eher für ein Zuviel als ein Zuwenig an Regulierungen kritisiert worden. Der Trend zu verstärkter Regulierung in der EU hingegen sei vor allem mit den Bestrebungen zu erklären, einen gemeinsamen Binnenmarkt zu schaffen, in dem einheitliche Standards gelten.

Hypothese 3: Viele Gemeinsamkeiten

Sheila Jasanoff (2005) bestätigt in ihrer Analyse biotechnologischer Regulierungen in den USA, Deutschland und Großbritannien die »Flip-Flop-Hypothese«. Indem sie zugleich aber auch die Schwächen dieser Hypothese aufzeigt, dient ihr Werk den im Folgenden vorgestellten Studien von **Wiener et al.** (2011) als wichtiger Bezugsrahmen. Für die embryonale Stammzellenforschung zeigt Jasanoff beispielsweise, dass Europäer seit den 1990er Jahren sehr schwache Regulierungen erlassen haben, während Amerikaner stark nach dem Vorsorgeprinzip handelten.

Im Sammelband von **Wiener et al.** aus dem Jahr 2011 wird die »Flip-Flop-Hypothese« mithilfe eines qualitativ-quantitativ angelegten Forschungsansatzes umfassend auf den Prüfstand gestellt. Dabei können nur die qualitativen Studien von **Ortwin Renn** und **E. Donald Elliott**, **Mark Cantley** und **Maurice Lex** und **James K. Hammitt** über Chemikalien, genetisch veränderte Lebensmittel und den Klimawandel die Hypothese Vogels belegen. Die Mehrheit der Studien widerlegt nicht nur die »Flip-Flop-Hypothese«, sondern widerspricht auch der These, dass die EU generell präventiver regulierte als die USA. Das betrifft etwa die Handhabung von BSE. So hätten die Amerikaner den Import von Rindfleisch aus Großbritannien deutlich früher verboten als die EU und dieses Verbot auch länger

aufrechterhalten. **Michael P. Walsh** und **Frances H. Miller** zeigen, dass Autoabgas-Standards und Arzneimittel-Regulierungen in den USA seit jeher strikter waren als in der EU. Obwohl die EU seit 1990 zu den USA aufgeschlossen habe, hätte sie sie bislang nicht überholt. Gleiches weisen in ihren Beiträgen **D. Douglas Blanke**, **Kathryn A. Saterson** und **David Freestone** für den Nichtraucherschutz, die Biodiversität und den Schutz von Meeren nach.

Die Fallstudie zur Kernenergie von **John F. Ahearne** und **Adolf Birkhofer** zeigt dagegen, dass sowohl die USA als auch die EU Atomenergie vorsorgend regulierten, die USA aber tendenziell noch etwas präventiver handelten. Laut **Jessica Stern** und **Jonathan B. Wiener** sei beim Management von Risiken, die vom Terrorismus ausgehen, die Reihenfolge umgekehrt gewesen, als die »Flip-Flop-Hypothese« postuliert: Bis 1990 habe die EU präventiver reguliert, danach gelte dies für die USA.

Brendon Swedlow et al. gehen anhand einer Stichprobe von 100 aus 2878 Risiken der Frage nach, ob die USA oder die EU im Zeitraum von 1970 bis 2004 vergleichsweise mehr regulative Vorsorgemaßnahmen erlassen hätten. Sie haben für ihre Untersuchung zahlreiche Gesetze, Regulierungen und Rechtsfälle ausgewertet. Die Studie zeigt, dass die transatlantischen Partner in den 35 untersuchten Jahren bei der Mehrheit der Risiken (in 33 Prozent der Fälle) in gleicher Weise und Intensität Vorsorgemaßnahmen getroffen haben (beispielsweise zur Verminderung von Transportlärm oder zur Aufrechterhaltung von Hygiene- und Qualitätsstandards in Restaurants). Nur in weniger als 10 Prozent der 100 Risikofälle konnte die »Flip-Flop-Hypothese« von Vogel verifiziert werden. Darunter fallen Risiken, die von Schwefeldioxid, industriellen Chemikalien und Holzschutzmitteln ausgehen. In 21 Prozent der Fälle hat die EU vergleichsweise mehr Vorsorgemaßnahmen als die USA getroffen, in 14 Prozent der Fälle gilt dies für die USA.

Die Autoren des Sammelbands von **Wiener et al.** bieten einige mögliche Erklärungsansätze für ihre empirischen Befunde. **Cantley** und **Lex** sowie **Saterson** identifizieren Einstellungen zu Land oder Natur und die Bevölkerungsdichte als Ursachen für Unterschiede im Risikomanagement. **Cass R. Sunstein** argumentiert wiederum, dass unterschiedliche Gesellschaften für manche Risiken sensibler seien als für andere. Der Grad dieser »Sensibilität« ergebe sich unter anderem aus Überzeugungen, Vorfällen in der Vergangenheit und medialer Berichterstattung.

George Gray et al. sowie **Hammitt** sehen wirtschaftliche Gründe als ausschlaggebend. Regierungen wollten ihre Industrien schützen: die USA die Rindfleischindustrie und kohlenstoffintensive Sektoren; die EU etwa Industrien, die Produkte herstellen, welche FCKW enthalten. Institutionelle Gründe zieht unter anderem **Giandomenico Majone** in Betracht, der beispielsweise Wahlsysteme für einen wichtigen Faktor hält. Das europäische Verhältniswahlrecht etwa sei verantwortlich dafür, dass grüne Parteien, die auf Umweltregularien aus sind, mit größerer Wahrscheinlichkeit parlamentarisch vertreten seien. **Lucas Bergkamp** und **Turner T. Smith, Jr.** messen Institutionen ebenfalls Bedeutung bei, bewerten Risikopräferenzen einzelner Entscheidungsträger jedoch als stärkere Determinante dafür, in welchem Ausmaß das Vorsorgeprinzip Anwendung findet.

Forschungslücken

Wer ist risikoaverser, wer risikofreudiger: die EU oder die USA? Eine eindeutige Antwort auf diese Frage hat die Wissenschaft bislang nicht geliefert. Anhaltspunkte bietet die Literatur zum Regulierungsverhalten dies- und jenseits des Atlantiks. Das Gros der besprochenen Studien kommt zu dem Schluss, dass sich Regulierungsverhalten nicht nur mit der Zeit wandeln kann (siehe **Vogel**). Regulierungspräferenzen variieren zudem je nach Politikfeld, wobei **Wiener et al.** viele Ähnlichkeiten

zwischen den transatlantischen Partnern finden.

Unter der Annahme, dass sich in vorsorgendem Regulierungsverhalten eine gewisse Risikoaversion widerspiegelt, lässt sich daher auch die These von den risikofreudigen USA und dem risikoaversen Europa so nicht aufrechterhalten. Kritisch muss an dieser Stelle wohl angemerkt werden, dass Regulierungsverhalten nicht allein von Risikopräferenzen abhängt, sondern von einer Vielzahl an Faktoren. Eine wirklich überzeugende Auseinandersetzung mit Risikopräferenzen dies- und jenseits des Atlantiks ist die Wissenschaft also noch schuldig.

Um die Forschungslücke zu schließen, sollte erstens nicht nur das staatliche Risikomanagement analysiert, sondern auch erhoben werden, wie Bevölkerung und Entscheidungsträger Risiken wahrnehmen. So scheint beispielsweise der Umstand, dass Amerikaner die Atomkraft als großes Risiko wahrnehmen, einen weniger starken Effekt auf das Regulierungsverhalten der US-Regierung zu haben als die Wahrnehmung der Bevölkerung in Deutschland auf deren Regierung. Auf diese Diskrepanz zwischen Wahrnehmung der Bevölkerung und Management der Regierung weisen **Jessica Riester** und **Kirsten Verclas** (2012) in ihrer Studie über Nuklearenergie in den USA und Deutschland hin. Entsprechend müssten breit angelegte Meinungsumfragen durchgeführt werden, und zwar sowohl zur Risikowahrnehmung als auch zu den Risikopräferenzen der Bevölkerung und der politischen Entscheidungsträger.

Zweitens sollten mehr Politikfelder untersucht werden. Die Fokussierung des Umwelt- und Gesundheitsbereichs ist dadurch zu erklären, dass hier bislang die meisten Konflikte aufgetreten sind. Die WTO-Streitverfahren zu hormonbehandeltem Rindfleisch und genveränderten Nahrungsmitteln belegen dies ebenso wie der jüngste Streit über die Einbeziehung des Flugverkehrs in das EU-Emissionshandelssystem. Eine genauere Analyse der Regulierung sowohl der Finanzmärkte als auch des Sicherheitssektors dürfte interessante Erkenntnisse über Risikopräferenzen auf beiden Seiten des Atlantiks liefern.

Vorgestellte Literatur

Ahearne, John F./Birkhofer, Adolf, »Nuclear Power«, in: Jonathan B. Wiener et al. (Hg.), 2011, S. 121–141.

Bergkamp, Lucas/Smith, Turner T., Jr., »Legal and Administrative Systems: Implications for Precautionary Regulation«, in: Jonathan B. Wiener et al. (Hg.), 2011, S. 434–479.

Blanke, D. Douglas, »Tobacco«, in: Jonathan B. Wiener et al. (Hg.), 2011, S. 91–120.

Breggin, Linda et al., *Securing the Promise of Nanotechnologies: Towards Transatlantic Regulatory Cooperation*, London: Chatham House, 2009, via <www.chathamhouse.org>.

Cantley, Mark/Lex, Maurice, »Genetically Modified Foods and Crops«, in: Jonathan B. Wiener et al. (Hg.), 2011, S. 39–64.

Christoforou, Theofanis, »The Precautionary Principle, Risk Assessment, and the Comparative Role of Science in the European Community and the US Legal Systems«, in: Norman J. Vig/Michael G. Faure (Hg.), *Green Giants? Environmental Policies of the United States and European Union*, Cambridge, Mass.: Massachusetts Institute of Technology (MIT) Press, 2004, S. 17–51.

Freestone, David, »The Marine Environment«, in: Jonathan B. Wiener et al. (Hg.), 2011, S. 177–200.

(The) Gallup Organization, *Entrepreneurship in the EU and beyond*, 2009, via <http://ec.europa.eu/>.

Gaskell, G. et al., »Imagining Nanotechnology: Cultural Support for Technological Innovation in Europe and the United States«, in: *Public Understanding of Science*, 14 (2005), S. 81–90.

Gray, George et al., »Beef, Hormones, and Mad Cows«, in: Jonathan B. Wiener et al. (Hg.), 2011, S. 65–90.

Hammitt, James K., »Stratospheric Ozone Depletion and Global Climate Change«, in: Jonathan B. Wiener et al. (Hg.), 2011, S. 159–176.

Jasanoff, Sheila, *Designs on Nature: Science and Democracy in Europe and the United States*, Princeton, N.J.: Princeton University Press, 2005.

Kelemen, R. Daniel/Vogel, David, »Trading Places: The Role of the United States and the European Union in International Environmental Politics«, in: *Comparative Political Studies*, (Online-Version vom November 2009, die Printversion erschien im April 2010), S. 427–456.

Majone, Giandomenico, »Political Institutions and the Principle of Precaution«, in: Jonathan B. Wiener et al. (Hg.), 2011, S. 411–433.

Miller, Frances H., »Medical Errors, New Drug Approval, and Patient Safety«, in: Jonathan B. Wiener et al. (Hg.), 2011, S. 257–285.

»**The Price of Prudence**«, in: *The Economist*, 22.1.2004, <www.economist.com/node/2347855>.

Quick, Reinhard, »Transatlantic Regulatory Cooperation on Chemicals – An Idealist's Dream?«, in: Simon J. Evenett/Robert M. Stern (Hg.), *Systemic Implications of Transatlantic Regulatory Cooperation and Competition*, Hackensack, N.J.: World Scientific, 2011 (World Scientific Studies in International Economics, Vol. 15), S. 241–285.

Redwood, John, *Stars & Strife: The Coming Conflicts between the USA and the European Union*, New York: Palgrave, 2001.

Renn, Ortwin/Elliott, E. Donald, »Chemicals«, in: Jonathan B. Wiener et al. (Hg.), 2011, S. 223–256.

Riester, Jessica/Verclas, Kirsten, *Nuclear Energy in the U.S. and Germany: Weighing the Risks*, April 2012 (AICGS Issue Brief 42), via <http://www.aicgs.org>.

Rifkin, Jeremy, *The European Dream: How Europe's Vision of the Future Is Quietly Eclipsing the American Dream*, New York: Penguin, 2004.

Saterson, Kathryn A., »Biodiversity Conservation«, in: Jonathan B. Wiener et al. (Hg.), 2011, S. 201–222.

Schapiro, Mark, *Exposed: The Toxic Chemistry of Everyday Products and What's at Stake for American Power*, Vermont: Chelsea Green, 2007.

Shaffer, Gregory C./Pollack, Mark A., *Reconciling (or Failing to Reconcile) Regulatory Differences: The Ongoing Transatlantic Dispute over the Regulation of Biotechnology*, 2004, <http://works.bepress.com/gregory_shaffer/12>

Stern, Jessica/Wiener, Jonathan B., »Terrorism and Weapons of Mass Destruction«, in: Jonathan B. Wiener et al. (Hg.), 2011, S. 285–320.

Sunstein, Cass R., »Precautions against What? Perceptions, Heuristics, and Culture«, in: Jonathan B. Wiener et al. (Hg.), 2011, S. 492–515.

Swedlow, Brendon et al., »A Quantitative Comparison of Relative Precaution in the United States and Europe, 1970–2004«, in: Jonathan B. Wiener et al. (Hg.), 2011, S. 377–408.

Vogel, David, *The Politics of Precaution: Regulating Health, Safety, and Environmental Risks in Europe and the United States*, Princeton, N.J.: Princeton University Press, 2012.

Walsh, Michael P., »Automobile Emissions«, in: Jonathan B. Wiener et al. (Hg.), 2011, S. 142–158.

Wiener, Jonathan B. et al. (Hg.), *The Reality of Precaution. Comparing Risk Regulation in the United States and Europe*, Washington, D.C.: Resources for the Future (RFF) Press/London: Earthscan, 2011.

Wilber, Vann H./Eibrecht, Paul T., »Transatlantic Trade, the Automotive Sector«, in: Simon J. Evenett/Robert M. Stern (Hg.), *Systemic Implications of Transatlantic Regulatory Cooperation and Competition*, Hackensack, N.J.: World Scientific, 2011 (World Scientific Studies in International Economics, Vol. 15), S. 165–192.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2012
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6380

Diese Zeitschriftenschau entstand im Kontext des SWP-Projekts »**transatlantische Risikogovernance**«: <www.swp-berlin.org/de/projekte/transatlantische-risikogovernance/einfuehrung.html>

Vgl. auch die Webseite zum **Perspektivthema »Globale und vernetzte Risiken«** <www.swp-berlin.org/de/projekte/umgang-mit-globalen-und-vernetzten-risiken/einfuehrung.html>